

und Madonna wdh.
2 gegenüber dem glei-
62 p. S. während der
24 auf 10 und von

Preis	6. 12.	bezahl
6.75	6.43	
6.87	6.54	
6.99	6.66	
7.11	6.78	
7.23	6.90	

6. 12.	6. 12.
18300	
33	4.88
37	4.99
37	4.99
33	4.88
33	5.00
34	5.01
34	5.03
34	5.05
34	5.08
34	5.10

6. 12.	6. 12.
18300	
33	4.88
37	4.99
37	4.99
33	4.88
33	5.00
34	5.01
34	5.03
34	5.05
34	5.08
34	5.10

6. 12.	6. 12.
18300	
33	4.88
37	4.99
37	4.99
33	4.88
33	5.00
34	5.01
34	5.03
34	5.05
34	5.08
34	5.10

ink

den

radie

iralen

elrat

gebote

vertretung

einwand-

ote unt.

heine.

Entlicher Angeler des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisteramt
und Vemtern des Kreises
Borken.

Postverlag:
Dortmund.

Bocholter-Borkener

Volksblatt

Postverlag:
Bocholt.

Postverlag:
Bocholt.

Postverlag:
Bocholt.

Nummer 341

Freitag, den 9. Dezember 1932

Freitag, den 9. Dezember 1932

Jahrgang 1932

Die Bereinigung der politischen Atmosphäre.

Von unserer Berliner Redaktion.

(Berlin, 8. Dezember (Drahtb.))

Die Bemühungen zur Bereinigung der politischen Atmosphäre wurden Donnerstag eifrig fortgesetzt. Die größten Schwierigkeiten liegen bei Punkt 5 der Tagesordnung der Freitagssitzung des Reichstages. Es handelt sich um die von den Nationalsozialisten, den Sozialdemokraten und den Kommunisten eingebrachten Entwürfe von Gesetzen über Gewährung von Straffreiheit. Der Reichstag hat am Mittwoch nach der ersten Lesung diese Entwürfe dem Reichsausschuß überwiesen, der am Donnerstag zusammentrat und bis in die späten Abendstunden hinein tagte. Für die Annahme der Entwürfe in der Vollversammlung des Reichstages ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Diese Mehrheit könnte an sich von den drei genannten Parteien aufgebracht werden. Aber praktisch wird es nicht möglich sein, weil die Forderungen der drei Parteien sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen. Die Reichsregierung befaßt sich mit dem Plan, den Reichspräsidenten zu bitten, in weitgehendem Maße von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen, um die von den Parteien beabsichtigte Amnestie möglichst bald zu erreichen. Wenn dieser die Zustimmung am Freitag kein Ergebnis bringt, so ist doch damit zu rechnen, daß auf dem Wege über den Reichspräsidenten eine Amnestie zustande kommt.

Eine weitere Frage ist die Einführung einer Winterbeihilfe und die Arbeitsbeschaffung. Die Vorschläge der Sozialdemokraten haben keine Aussicht auf Verwirklichung, da die sozialdemokratischen Forderungen ungefähr den Betrag von einer Milliarde Mark ausmachen. Es gibt jedoch keine Chance, aus der diese Mittel antworten werden könnten. In parlamentarischen Kreisen neigt man daher der Auffassung zu, daß die nationalsozialistischen Vorschläge angenommen werden dürfen, in denen die Regierung aufgefordert wird, Maßnahmen zu treffen, um der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnachtshilfe und Winterhilfe zu gewähren und außerdem ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm einzuleiten. Gegen die Annahme dieser Vorschläge wird auch die Reichsregierung nichts einzuwenden haben, da sie selbst bereit ist, zur Verringerung der Not ihr Möglichstes beizutragen. In Ministerbesprechungen und in Verhandlungen der einzelnen Ressorts untereinander werden Maßnahmen für den Winter bereits eingehend besprochen. Der Umfang der Winterhilfe wird jedoch stark begrenzt sein von den Mitteln, die zur Verfügung stehen. Im Haushaltsplan ist nichts vorgesehen. Es wird damit gerechnet, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Gruppiertheit zur Verfügung stellt, die durch die Unterschreitung der Arbeitslosenquote erzielt werden.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik lag am Donnerstagabend noch keine Klärung vor. Allgemein wird angenommen, daß der Antrag des Zentrums, der die Aufhebung der sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung vom 4. September betrifft, im Reichstag angenommen wird. Ebenso dürfte die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschaffung vom 5. September 1932 und die dazu gehörigen Durchführungsbestimmungen aufgehoben werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch durch Mehrheitsbeschluß des Reichstages die Verordnung über die Steuergutschriften für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern beseitigt wird. Dagegen dürften wohl weitergehende Forderungen nicht auf Annahme rechnen. Da durch teilweise Aufhebung der Notverordnungen Schäden entstehen, ist die Reichsregierung damit beschäftigt, entsprechende Ergänzungen vorzubereiten.

In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß trotz aller vorhandenen Schwierigkeiten es möglich sein wird, am Freitag die Beratungen in der Vollversammlung des Reichstages glücklich zu Ende zu führen, um der Regierung eine Arbeitspause für fünf Wochen zu gewähren.

Empfang christlicher Gewerkschaftsführer bei Hindenburg.

(Berlin, 8. Dezember.)

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine Abordnung des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, bestehend aus den Herren Otto Schulz, Balltruch, Kallert, welche dem Reichspräsidenten über die Notlage in der deutschen Arbeiterkategorie berichteten und Maßnahmen zur Verringerung der arbeitslosen Notstände vorschlugen. Der Reichspräsident zeigte eine alsbaldige und sorgfältige Prüfung der gemachten Vorschläge zu.

Nach Mitteilung des „Deutschen“ sind bei dem Empfang die Fragen einer Winterbeihilfe, der Erhöhung der Unterhaltungen, der Arbeitsbeschaffung, der Einstellung und der Revision der Notverordnungen in ganz konkreter Form besprochen worden.

Verhandlungen über Preußen.

Noch wenig Aussicht für die Wahl eines Ministerpräsidenten.

Von unserer Berliner Redaktion.

(Berlin, 8. Dezember (Drahtb.))

Ueber die Neubildung einer Regierung in Preußen werden fortgesetzt Meldungen verbreitet, die teilweise den Tatsachen entsprechen, zum größten Teil aber reine Kombinationen sind.

Es steht fest, daß Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten geführt werden.

Die beiden Zweig haben, die technischen Einzelheiten für den Fall zu beraten, daß eines Tages die Möglichkeit für eine Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten gegeben ist. Die Verhandlungen werden auf dem Boden völliger Gleichberechtigung geführt, weil nur auf diese Weise eine Zusammenarbeit überhaupt möglich sein kann. Wie wir zu wissen glauben, hat Reichstagskanzler von Schleicher gegen die Wahl eines preußischen Ministerpräsidenten nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß eine politisch neutrale Persönlichkeit für diesen Posten bestimmt wird.

Ob die Nationalsozialisten sich schon darüber im klaren sind, daß sich die politischen Voraussetzungen seit dem Sturz des Kabinetts von Papen verschoben haben, läßt sich nicht klar übersehen. Soviel ist jedoch bekannt, daß die Nationalsozialisten sich stark ablehnend gegen den Reichsinnenminister Dr. Brauns verhalten. Zwischen dem von Reichstagskanzler von Schleicher für die Neubildung einer preußischen Regierung vorgeschlagenen Wünschen und dem, was sich die Nationalsozialisten darunter vorstellen, scheint noch eine große Kluft zu bestehen.

Falls es zu einer Regierungsbildung in Preußen durch Nationalsozialisten und Zentrum käme, müßten die Nationalsozialisten ihre Oppositionsstellung gegen das Kabinett von Schleicher aufgeben.

Gerade dieser Umstand läßt es sehr wenig wahrscheinlich erscheinen, daß in der nächsten Zeit eine Neubildung der preußischen Regierung in Frage kommt.

Reichstagskanzler von Schleicher hatte heute vormittag eine Besprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, die sich, wie wir erfahren, im wesentlichen um die Faltung der preußischen Regierung bei den kommenden Reichsratsverhandlungen drehte.

Erkrankung Gregor Strassers und deren Hintergründe.

(Berlin, 8. Dezember.)

Die Reichspressstelle der NSDAP teilt mit, daß Gregor Strasser mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen antritt und daß alle weiteren daran geknüpften Gerüchte und Kombinationen unzutreffend seien und jeglicher Grundlage entbehren.

2600000 Wohlfahrtserwerbslose.

Arbeitsbeschaffung tut dringend not.

(Berlin, 8. Dezember.)

Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen trotz der letzten Besserung der allgemeinen Arbeitsmarktlage weiterhin stark gestiegen und hat am 31. Oktober mit rund 2600000 einen neuen Höchststand erreicht. Diese Zahl, die auf Grund der Statistik des Städtetages ermittelt ist, umfaßt alle arbeitsfähigen Erwerbslosen, die von den Gemeinden laufend unterstützt werden müssen. Sie ist um rund 400000 höher als die Ermittlungen der Arbeitsämter, die bekanntlich seit August 1932 nur einen Ausschnitt der Wohlfahrtserwerbslosen erfassen. Die Gemeinden betreuen augenblicklich über 60 Prozent aller unterstützten Arbeitslosen.

Gegenüber der vom Deutschen Städtetag übermittelten Ziffer der Wohlfahrtserwerbslosen wird von der rändiger Seite darauf hingewiesen, daß die amtliche Statistik der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am 31. Oktober d. J. 2204200 Wohlfahrtserwerbslose zählte. Die Differenz zwischen den beiden Zählungen rührt in der Hauptsache daher, daß die Bezirksfürsorgeverbände neben den vom Arbeitsamt anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen in ihrer Statistik auch die sogenannten schwebenden Fälle und solche Unterstützungsempfänger als Wohlfahrtserwerbslose zählt, die auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni

Die Mitteilung, so meldet das Conti-Nachrichtendienst hierzu, hat in politischen Kreisen lebhaftes Aufsehen erregt. Das ist umso natürlicher, als

vor Bekanntgabe dieser parteiamtlichen Mitteilung Gerüchte verbreitet waren, denen zufolge Straßer an Adolf Hitler einen Brief geschrieben haben sollte, mit dem er seine Ämter in der Partei niederlegt.

Auf diese Gerüchte bezieht sich der Zusatz des nationalsozialistischen Kommuniqués, der alles von sich weiß, was über den Urlaub hinausgeht.

Nach der Annahme politischer Kreise liegen die Dinge so, daß in der nationalsozialistischen Führung eine Aussprache über die grundsätzliche Haltung der Partei zu dem Problem einer Regierungsbeteiligung stattgefunden hat. Den Anlaß dazu scheinen die Verhandlungen mit anderen Parteien über die Regierungsbeteiligung in Preußen gegeben zu haben. Während der Mittwochsitzung des Reichstages war unter der Hand bekannt geworden, daß diese Besprechungen ziemlich weit gediehen seien, jedoch man mit der Bildung einer Koalition zwischen Nationalsozialisten, Zentrum und vielleicht Deutscher Volkspartei in Preußen rechnete. Die Wahl des Ministerpräsidenten hielt man, zwar nicht für die Zeit vor Weihnachten, wie ein Berliner Morgenblatt gemeldet hatte, aber doch im Januar für recht wahrscheinlich.

Man sprach auch davon, daß der preußische Ministerpräsident dann zugleich Reichstagskanzler im Reich werden sollte und daß dieses Projekt nur noch der Zustimmung Adolf Hitlers bedürfe. Daraus schienen sich nun gewisse Schwierigkeiten ergeben zu haben.

Vielleicht gehen sie von der Erwägung aus, daß Hitler, wenn er entweder für seine Person oder für Gregor Strasser seine Zustimmung zur Wahl gebe, damit gleichzeitig auf den Anspruch auf das Reichstagskanzleramt verzichten würde. Das ist ein Problem, das für die NSDAP eine große grundsätzliche Bedeutung hat.

Man weiß seit einiger Zeit, daß Straßer der erste Verfechter einer praktischen Regierungsbeteiligung der Partei ist, und so entstanden wohl die Gerüchte, die zu der parteiamtlichen nationalsozialistischen Mitteilung führten.

In politischen Kreisen entnimmt man aus diesem Kommuniqué, daß die Entscheidung über die Frage der Regierungsbeteiligung zunächst bis zum Januar vertagt ist. Inzwischen werden sich die Aufschauungen innerhalb der Parteiführung gewiß klären. Das dürfte in der Tat der Sinn der Mitteilung sein, und sie hätte damit auch Recht, wenn sie alle über den Urlaub Strassers hinausgehenden Kombinationen, die sich auf einen offenen Konflikt erstrecken, zurückweist.

In politischen Kreisen wird nun natürlich lebhaft erwartet, welche Auswirkungen diese Dinge auch auf die Reichstagsverhandlungen haben. Vorerst glaubt man nicht, daß die normale Abwicklung dadurch gestört wird, sondern rechnet immer noch mit der Vertagung. Diese Ansicht gründet sich darauf, daß Strassers Urlaub die Bedeutung einer Vertagung der Klärung hat. Die Frage Preußens ist damit allerdings wieder vollkommen offen.

1932 vom Arbeitsamt als Wohlfahrtserwerbslose nicht anerkannt werden können. Danach gelten als Wohlfahrtserwerbslose nur Arbeitnehmer, die arbeitsfähig, arbeitswillig und unfreiwillig arbeitslos sind, das 60. Lebensjahr nicht überschritten haben und als Arbeitsuchende in dauernder Kontrolle des Arbeitsamtes stehen, sofern sie eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen und diese Unterstützung im Verhältnis zu dem Reichslohn der allgemeinen Fürsorge nicht nur geringfügig ist.

Wie der Reichsstadtebund mitteilt, hatten im Vornehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden die zuständigen Reichsministerien unlängst den Entwurf eines Arbeitsbeschaffungsprogramms beraten, nach dem Mittel für die Beschäftigung von etwa 400000 Wohlfahrtserwerbslosen bereitgestellt werden sollten. Die Finanzierung dieses Programms hätte etwa 600000000 Reichsmark erfordert. Durch die Entwicklung in den letzten Wochen hat dieser Plan endgültige Form nicht gewonnen. Der Reichsstadtebund hat daher den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung gebeten, im Interesse der Beschäftigung langfristiger Erwerbsloser sowie einer Entlastung der Gemeinden und nicht zuletzt im Interesse einer Belebung der Privatwirtschaft den Plan für die Arbeitsbeschaffung möglichst bald zur Durchführung zu bringen.

Tagesfragen.

Wahl auf Befehl.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen ist interessiert uns im allgemeinen hier im Westen wohl samt und sonders recht wenig. Ob das Lehmann, Müller oder Schulze präferiert, das ist uns egal. Aber die am Donnerstag vorgenommene Neuwahl dieses Kammerpräsidenten hat doch politisches Interesse. Man erinnert sich, daß der letzte Kammerpräsident Freiherr von Buttlar kürzlich sein Amt nach einer Führung von nur wenigen Monaten niedergelegt hat, weil er Verschiedenes nicht verantworten konnte, was von ihm sein Parteivorsteher, der nationalsozialistische Gauführer Koch, und die landwirtschaftliche Abteilung des Brauns Hauses in München verlangten. Als ehrlicher, anständiger Mensch trat er darum von seinem Posten zurück. Er schied dann auch aus der NSDAP aus, worauf man ihm von München noch einen Gestrichel verfehlte, indem man verbreitete, er sei seinem Ausscheiden durch Austritt zugekommen. Einer der wichtigsten Gründe, die Buttlar zur Amtsniederlegung veranlaßten, waren das Herinreden und die Zumutungen des genannten Gauführers Koch, der ebensovornig von landwirtschaftlichen Dingen Ahnung hat wie der Vizepräsident der Kammer Professor Dr. Böhle, der natürlich auch Nationalsozialist ist. Aber ausgerechnet diesen Herrn Böhle, der sich des besonderen Wohlwollens des Herrn Koch erfreut, hat am Donnerstag die nationalsozialistische Mehrheit der Landwirtschaftskammer, natürlich auf Befehl des Brauns Hauses, zum Präsidenten gewählt. 48 Stimmen entfielen auf ihn, während auf den ehemaligen sehr verdienten Präsidenten Dr. Brandes, der bekanntlich einer der prominentesten Führer der ostpreussischen Landwirtschaft ist, ganze 29 Stimmen entfielen. In einer Zeit, wo die landwirtschaftlichen Räte kein Ende nehmen wollen, wird an die Spitze der Landwirtschaftskammer der Provinz, aus der seit Jahren Deutschland mit Klagen über Klagen und überhöhten landwirtschaftlichen Forderungen bombardiert wird, ein notorischer Nichtfachmann gestellt. So pariert man besserer Vernunft zumider in der NSDAP. Ist's auch Bayern, so hat es doch Methode.

Das undurchführbare akademische Werkjahr.

Man ist wieder einmal um eine Hoffnung ärmer. Denn an die Ankündigung des akademischen Werkjahres durch den Reichstagskanzler von Papen in seiner Rede in Münster knüpfte sich begriffliche Hoffnung für eine Milderung der akademischen Verunsicherung. Auch wenn man wie wir nicht ganz bedenkenlos dem Werkjahr zustimmen konnte und die Beachtung gewisser Bedingungen, so z. B. die Rücksicht auf die katholischen Theologen und auf fränkische Leute sowie die Verhinderung einer Bevorzugung der weiblichen Studierenden, fordern mußte, so war doch die Möglichkeit der Einschlebung eines praktischen Jahres zwischen Abitur und Beginn des Universitäts- und Hochschulstudiums im Hinblick auf die katastrophale Überfüllung der akademischen Verufe anzuregen. Wenn ein Jahrgang von 30000 bis 40000 jungen Leuten ein Jahr später ans Studium kommt, so ist das immerhin eine sehr spürbare Entlastung für den akademischen Arbeitsmarkt. Aber dieser Koffer aus der Erbschaft von Papens muß jetzt als unbenutzbar zurückgestellt werden. Wahrscheinlich hatte Herr von Papen ein paar Tage vor seiner Rede, in der er sich impulsiv zu dem Werkjahrsgebot des „Deutschen Studentenwerks“ bekannte, das sehr interessante und instruktive Buch des Soziologen Schaller gelesen. Sicher aber hatte er vergessen, den Reichsfinanzminister zu fragen, ob der Plan auch durchführbar sei. Und so erfährt man erst jetzt, daß Besprechungen, die in den letzten Tagen zwischen dem neuen Reichsinnenminister Dr. Brauns und den Sachverständigen der zuständigen Ministerien stattgefunden haben, zu der Erkenntnis führten, daß als eine Einführung des Werkjahres für Akademiker nicht mehr gedacht werden kann, weil die Kosten für die Beschäftigung der jungen Leute so hoch wären, daß das Reichsfinanzministerium keinesfalls die erforderlichen Summen zur Verfügung stellen könnte. Aber auch hiervon abgesehen, was die Frage, wie man die ausgebildeten Gymnasialisten und Oberrealschüler ein ganzes Jahr lang beschäftigen sollte, noch nicht gelöst. Man dachte an Organisationsformen, wie sie sich im freiwilligen Arbeitsdienst herausgebildet haben. Im Sommer sollte dann Erntearbeit verrichtet werden, vor allem im Osten, man wollte Grenzland-Fahrten unternehmen, eine wehrsportliche Ausbildung sollte sich anschließen. Aber man weiß, wie gesagt, nicht, wie diese Pläne finanziert werden sollen, und unlösbar ist vor allem die Frage, was im zweiten Halbjahr unternommen werden soll. Die Wirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk bieten für einen derartigen Anhang von Arbeitskräften bei weitem nicht den nötigen Raum. Das haben die erfolglosen Bemühungen eines Ausschusses, der im vergangenen Frühjahr die abgehenden Abiturienten unterbringen wollte, zur Genüge bewiesen. Kurzum: das akademische Werkjahr läßt sich nicht realisieren. Aber was soll nun geschehen, um die schon heute als Katastrophe zu betrachtende Über-

Verhandlungen über die Amnestie

von parteiamillicher Seite der NSDAP. liegt über Mitteilung von dem genehmigten Krankheitsurlaub aus hierzu nichts vor.

zialdemokraten konnten sie dann nicht rechnen. Im
en beurteile er persönlich die Haltung des Reichs-
nicht so pessimistisch.
er Auspruch beschloß die Vertagung der Abstimmung
morgen früh.

und sonst ja nicht wüßte, ob und inwiefern die ge-
gebenen Lösungen auf Deutschland Anwendung
finden.

Ertrank ein Professor mit sieben Studenten
Gabriel College ertrunken. Acht Studenten
errettet werden.

Der Verfassungsaus-
13. Dezember einuber

Der Verfassungsaus-
13. Dezember einzuber-

